

**Allgemeinverfügung der Stadt Ahlen
zur Umsetzung von Schutzmaßnahmen, die der Verhütung
und Bekämpfung einer weiteren Ausbreitung des
Coronavirus SARS-CoV-2 auf dem Gebiet der Stadt Ahlen dienen,
bei Überschreiten des 7-Tages- Inzidenz-Wertes von 50**

Gemäß § 28 Abs. 1 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045),

§ 3 Abs. 2 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz – IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b),

§ 15a Abs. 2 Satz 1 und Satz 2 Nr. 1 der Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronaschutzverordnung NRW - CoronaSchVO NRW) vom 30.09.2020 (GV. NRW. 2020 S. 915) in Verbindung mit dem Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) vom 12.10.2020 („Regionale Anpassungen an das Infektionsgeschehen bei 7-Tages- Inzidenz-Werten von 35 bzw. 50 gem. § 15a Coronaschutzverordnung (CoronaSchVO) - Anordnung von zusätzlichen Schutzmaßnahmen“)

sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein – Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602)
- jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung - erlässt die Stadt Ahlen folgende

Allgemeinverfügung

Für das Gebiet der Stadt Ahlen wird Folgendes angeordnet:

1.

Die Pflicht zum Tragen einer Mundnasenbedeckung wird für den öffentlichen Raum angeordnet wo Menschen dichter und/oder länger zusammenkommen..

Neben den Ausnahmen in § 2 Abs. 3 S. 2 CoronaSchVO gelten Ausnahmen für Schülerinnen und Schüler der Klassen 1 bis 4 am Sitzplatz.

2.

Das Zusammentreffen im öffentlichen Raum ist nur 5 Personen oder den Angehörigen von zwei Hausständen gestattet.

3.

Die Zahl der Teilnehmer und Zuschauer bei Veranstaltungen gemäß §§ 8, 9, 11 Abs. 2 und 13 Abs. 1 und 2 CoronaSchVO wird auf 100 Personen begrenzt.

4.

Feste im Sinne des § 13 Abs. 5 der CoronaSchVO NRW sind im öffentlichen Raum nur noch mit maximal 10 Personen, im privaten Raum mit maximal 10 Teilnehmern aus höchstens zwei Hausständen erlaubt.

5.

Gaststättengewerbe im Sinne des § 1 des Gaststättengesetzes (GastG) sind täglich in der Zeit von 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr des Folgetages geschlossen zu halten.

6.

Der Verkauf und die Abgabe von alkoholischen Getränken ist täglich zwischen 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr des Folgetages untersagt.

7.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz NRW (VwVfG NRW) am Tage nach ihrer Bekanntmachung als bekanntgegeben. Sie tritt am 30.10.2020, 00:00 Uhr außer Kraft.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i.V.m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

Begründung:

Bei dem Coronavirus SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinne des § 2 Nr. 1 IfSG. Der Virus wird von Mensch zu Mensch übertragen. Hauptübertragungsweg ist die Tröpfcheninfektion. Dies kann direkt von Mensch zu Mensch über die Schleimhäute der Atemwege geschehen oder auch indirekt über Hände, die dann mit Mund- oder Nasenschleimhaut sowie der Augenbindehaut in Kontakt gebracht werden. Insofern erhöht sich das Risiko einer Ansteckung mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 bei Veranstaltungen mit einer hohen Besucherzahl potentiell und damit zugleich die Gefahr, dass die Infektionen sich in der Bevölkerung weiterverbreiten. Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt, so trifft die zuständige Behörde gem. § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG die notwendigen Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Unter diesen Voraussetzungen kann die zuständige Behörde gemäß § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG u.a. Veranstaltungen oder sonstige Ansammlungen von Menschen beschränken oder verbieten. Ausgehend von der Gesetzesbegründung sind hiervon alle Zusammenkünfte von Menschen erfasst, die eine Verbreitung von Krankheitserregern begünstigen.

Gemäß § 3 Absatz 1 IfSBG-NRW sind zuständige Behörden für Anordnungen die örtlichen Ordnungsbehörden.

Aufgrund weiter steigender Infektionszahlen des Coronavirus SARS-CoV-2 auf Grundlage der täglichen Veröffentlichungen des Kreises Warendorf sind auf dem Gebiet der Stadt Ahlen aufgrund des Erlasses des MAGS NRW vom 12.10.2020 („Regionale Anpassungen an das Infektionsgeschehen bei 7-Tages- Inzidenz-Werten von 35 bzw. 50 gem. § 15a Coronaschutzverordnung (CoronaSchVO) - Anordnung von zusätzlichen Schutzmaßnahmen“) sowie der Beschlüsse der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder am 14.10.2020 weitergehende Schutzmaßnahmen erforderlich.

Ein wesentlicher Indikator für besondere Schutzmaßnahmen ist dabei die Zahl der Neuinfektionen innerhalb von sieben Tagen bezogen auf 100.000 Einwohner (7-Tage-Inzidenz), § 15a Absatz 1 Satz 2 CoronaSchVO NRW. Mit Stand vom 15.10.2020 lag diese für die Stadt Ahlen mit 161,7 über dem gemäß § 15a Absatz 2 Satz 1 CoronaSchVO NRW maßgeblichen Schwellenwert von 50.

Liegt die 7-Tages-Inzidenz nach den täglichen Veröffentlichungen des Landeszentrums Gesundheit bezogen auf einen Kreis oder eine kreisfreie Stadt über dem Wert von 50, stimmen die betroffenen Kommunen, das Landeszentrum Gesundheit unter Beteiligung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und die zuständige Bezirksregierung umgehend weitere konkrete Schutzmaßnahmen zur Eindämmung des Infektionsgeschehens ab und setzen diese um, § 15 a Absatz 2 Satz 1 CoronaSchVO NRW.

Ich habe daher die genannten Maßnahmen anzuordnen. Die Anordnungen beruhen im Wesentlichen auf § 15a Absatz 2 Satz 2 Nr. 1 CoronaSchVO NRW, da das Infektionsgeschehen auf dem Gebiet der Stadt Ahlen nicht ausschließlich auf bestimmte Einrichtungen o.ä. zurückzuführen und einzugrenzen ist.

Gemäß § 16 CoronaSchVO NRW bleiben die zuständigen Behörden befugt, im Einzelfall auch über die CoronaSchVO NRW hinaus gehende Schutzmaßnahmen anzuordnen.

Das in § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit § 3 Absatz 2 Nr. 1 IfSBG NRW eingeräumte Ermessen habe ich pflichtgemäß ausgeübt. Hierbei sind die entgegengesetzten Interessen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gegeneinander abgewogen worden.

Das Interesse der Allgemeinheit an einer Verlangsamung der Verbreitung des Virus und dadurch der Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gesundheitssystems rechtfertigt die getroffenen Einschränkungen.

Größere Zusammenkünfte von Menschen sind dabei in besonderer Weise geeignet, die Verbreitung des Virus zu ermöglichen bzw. sogar zu beschleunigen. Dies gilt insbesondere unter dem Einfluss von Alkohol. Um das Ziel, die Verbreitung des Virus zu verzögern, zu erreichen, sehe ich mich veranlasst, die oben genannten Maßnahmen anzuordnen.

Durch die mit Hilfe dieser Maßnahmen bezweckte verlangsamte Weiterverbreitung des Virus kann die dringend erforderliche Zeit gewonnen werden,

um im Interesse des Gesundheitsschutzes vulnerabler Personengruppen das Gesundheitssystem leistungsfähig zu halten.

Die getroffenen Anordnungen sind geeignet, erforderlich und angemessen und somit notwendige Maßnahmen zum Schutze der Allgemeinheit vor einer weiteren unkontrollierbaren lokalen Weiterverbreitung der Infektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 in der Bevölkerung und dienen somit einem möglichst weitgehenden Gesundheitsschutz.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Münster, Manfred-von-Richt-hofen-Str. 8, 48145 Münster oder Postfach 8048, 48043 Münster erhoben werden.

Hinweise:

Eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung hat gem. § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG keine aufschiebende Wirkung. Dies bedeutet, dass die Allgemeinverfügung auch dann befolgt werden muss, wenn sie mit einer Klage angegriffen wird.

Beim Verwaltungsgericht Münster kann gemäß § 80 Absatz 5 VwGO die Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage beantragt werden.

Ahlen, den 15.10.2020

Der Bürgermeister

Dr. Alexander Berger